



Foto: Wordley Calvo Stock/fotolia

Auch im Wohlstandsland Deutschland sind Armut und soziale Kälte zu Hause. Soziale Kälte wird dabei unterschiedlich erlebt. In Deutschland sind immer mehr Menschen arm – große Einkommensunterschiede

Soziale Ungleichheit wächst

Deutschland ist ein Sozialstaat. Das Unterstützungsnetz durch staatliche, kommunale oder kirchliche Träger ist dichter als in vielen vergleichbaren Wohlstandsländern. Die Wirtschaft floriert, die Arbeitslosigkeit ist niedrig, im Juli 2019 betrug sie 5,0 Prozent. Die Energie- und Lebensmittelpreise sind immer noch relativ günstig. Doch Armut und soziale Kälte sind auch bei uns zu Hause. Dabei bedeutet soziale Kälte für fast jede(n) etwas anderes.

Nicht wenige erleben soziale Kälte durch Achtlosigkeit oder mangelnde Empathie im täglichen Miteinander. Für eine wachsende Zahl an Menschen ist der Begriff darüber hinaus an konkrete Existenzängste und fehlende Verteilungsgerechtigkeit geknüpft. Beispiele gibt es viele: Alleinerziehende, die nicht wissen, wie sie Sportbekleidung oder den Klassenausflug ihres Kindes bezahlen sollen. Familien und Alleinstehende, die die Hälfte ihres knappen Einkommens für die Miete ausgeben müssen, um nicht wohnungslos zu werden. Menschen, die in Abfalleimern nach Flaschen oder Lebensmitteln suchen. Personen ohne Obdach, die notdürftig in verdreckte Decken oder einen Schlafsack gehüllt auf der Straße übernachten. Die Liste ließe sich unschwer fortsetzen, vor allem auch mit Beispielen verdeckter Armut. Denn Deutschland gehört weltweit nicht nur zu den reichsten Ländern, sondern ebenso zu den

Industrienationen mit den größten Einkommensunterschieden. Das Wohlstandsgefälle nimmt laut aktueller Studien weiter zu, und die Schere zwischen reich und arm öffnet sich immer stärker. So gibt es zwar weiterhin die Personengruppen mit besonders hohem Armutsrisiko. Dazu gehören vor allem Leistungsempfänger*innen von Hartz IV, Arbeitnehmer*innen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, Menschen mit

Fortsetzung auf Seite 2



Blickpunkt

Gute Pflege ist teuer. Bei 1.700 Euro monatlich liegt durchschnittlich der Eigenanteil. Eine Summe, die viele Pflegebedürftige nicht stemmen können. Und die utopisch erscheint, wenn die Rente gering ist und die Lebensbiografie es – sei es durch geringes Einkommen oder durch Krankheit – nicht zuließ, Rücklagen zu bilden. Bis dato müssen Betroffene in diesem Fall ihre erwachsenen Kinder „belasten“. Denn diese sind dazu verpflichtet, den Lebensbedarf ihrer Eltern

durch Unterhaltszahlungen zu sichern: Sind die Heimkosten höher als die Zahlungen aus der Pflegeversicherung und besteht gleichzeitig ein Sozialhilfesanspruch, fordern die Ämter einen Teil der Aufwendungen zurück. Viele Angehörige, oft ohnehin stark beansprucht und eine große Verantwortung tragend, laufen durch die unkalkulierbaren Forderungen Gefahr, selbst zu verarmen – eine bittere Situation für alle Beteiligten. Mit dem nun verabschiedeten Pflegeent-

lastungsgesetz sollen Familien aufatmen können. Künftig dürfen allein Angehörige zu Zahlungen verpflichtet werden, deren Jahreseinkommen 100.000 Euro übersteigt. Der SoVD begrüßt diesen Schritt als „Lichtblick“! Notwendig sind aus unserer Sicht jedoch eine umfassende Reform sowie eine Pflegevollversicherung, die alle Pflegerisiken solidarisch absichert. Hierzu werden wir uns zu Wort melden!

Adolf Bauer
SoVD-Präsident

Pflegende Angehörige sollen entlastet werden

SoVD begrüßt Gesetzentwurf und fordert Reform

Seite 4



So viele wie noch nie starteten beim Inklusionslauf

SoVD-Laufveranstaltung mit Teilnehmerrekord

Seite 3



Print und digital sinnvoll verbinden

Leser*innenbefragung zeigt hohen Bindungsgrad zur SoVD-Zeitung

Seite 5

„Niemand möchte über Stufen in Züge klettern“

SoVD-Mitglied kämpft für mehr Barrierefreiheit bei der Deutschen Bahn

Seite 7



Auf der Bühne der „Boss“

Bruce Springsteen feiert 70. Geburtstag

Seite 24



sovd.de

